



Sandgruben-Erweiterung in Lausnitz umstritten

Mit Transparenten drückten Lausnitzer Einwohner aus, dass sie gegen den Ausbau der Sandgrube am nahegelegenen Waldrand sind. Foto: Peter Cissek

Emotionsgeladene Einwohnerversammlung stimmt Gemeinderat vor der Entscheidung ein. Lausnitzer wollen keine Lkw im Ort, aber auch keine Ostumfahrung. Familie von Wahl bietet Weg durch ihren Wald an.

Lausnitz bei Neustadt. "Gemeinderat: Vertritt das Dorf!", lautete eine der Forderungen, die am Freitagabend im und vor dem Dorfgemeinschaftshaus Lausnitz zur Einwohnerversammlung zu lesen waren.

"Wir haben ein Stimmungsbarometer angefertigt", sagte Reinhild von Wahl. Von 100 Umfragebögen, die die örtliche Bürgerinitiative an die Haushalte verteilte, seien 75 ausgefüllt worden. Auf 59 Zetteln hätten sich die Einwohner gegen die Sandgrube Lausnitz ausgesprochen, gab von Wahl vor rund 80 versammelten Einwohnern dem Gemeinderat mit auf den Weg. Dieser werde in zwei Wochen entscheiden, ob er dem Hauptbetriebsplan zur Erweiterung der Sandgrube Lausnitz zustimmt oder nicht.

Die QFL Lausnitz GmbH will den bestehenden, von der Familie Zoller gepachteten 4,2 Hektar großen Tagebau um zwei Hektar erweitern und sechs bis sieben Arbeitsplätze schaffen, erklärte Geschäftsführer Georg Waas. Die Jahresfördermenge soll von 50 000 Tonnen im Jahr 2012 mittelfristig auf 140 000 Tonnen Rohsand steigen. An 250 Arbeitstagen im Jahr würden laut Waas durchschnittlich 20 Lkw hochwertigen Quarzsand abfahren, der von der Glasindustrie benötigt wird.

"Obwohl wir einen Rechtsanspruch darauf haben, die Straße durch den Ort zu benutzen, wollen wir auf eigene Kosten eine Umgehungsstraße bauen", erklärte Waas. Doch das ist für den Unternehmer schwieriger als gedacht: Eine sicher geglaubte Westumfahrung scheiterte am Einspruch des Gemeinderates des Nachbarortes Oppurg, über dessen Kolbaer Gemarkung die Lkw-Straße zum Teil geführt hätte. Eine andere Straße via Salzteich sei nicht möglich, weil es sich um ein Naturschutzgebiet handele. Beim Ausbau des Schlangenweges durch den Wald habe das Forstamt Neustadt Bedenken, bei einer Ostumfahrung Richtung Flugplatz Neunhofen spiele die Stadt Neustadt nicht mit, erklärte der Lausnitzer Bürgermeister Hans-Bernd Wuttig (FWG). "Die einzig verbliebene Möglichkeit ist eine Ostumfahrung über das Judental, die von der Sandgrube 600 Meter weit über Privatgrundstücke zur B 281 führen würde. Die Auffahrt könnte künftig über einen Kreisverkehr erfolgen, der beim dreispurigen Ausbau der Bundesstraße daneben errichtet werden soll." Bürgermeister Wuttig berichtete, dass auch die Landgenossenschaft Oppurg den Bau der mit Fräsgut befestigten Straße befürworte, da auch ihre Fahrzeuge den Weg nutzen könnten.

Jedoch zeigten sich die Einwohner, die sich am Freitagabend zu Wort meldeten, keineswegs mit der Trassenführung einverstanden, die etwa 250 Meter an den nächstgelegenen Wohnhäusern vorbeiführen würde. Viele Lausnitzer befürchten nicht nur eine Wertminderung ihrer Häuser, sondern auch einen Verlust an Lebensqualität für sich und nachfolgende Generationen: "Bitte zerstören Sie uns nicht das bisschen Idylle, das wir in Lausnitz und Umgebung noch haben", sagte Helga Kraemer stellvertretend für die Senioren, die nicht mehr rüstig genug für Urlaubsreisen seien. Dem Lausnitzer Gemeinderat warf die Rentnerin

"Holzhammerpolitik" vor, weil sie von den Sandgruben-Erweiterungsplänen erst aus der OTZ erfahren habe. "Auch der Gemeinderat hat es aus der Zeitung erfahren", sagte der Bürgermeister.

Die Zuwegung sei nicht Bestandteil des Hauptbetriebsplanes zur Erweiterung der Sandgrube, erklärte Thomas O. Brand, Referatsleiter beim Thüringer Landesbergamt in Gera, den Einwohnern. "Es gibt eine öffentliche Straße durch den Ort, die von jeder Firma benutzt werden darf." Seine Behörde prüfe lediglich, ob die Erweiterung und der Betrieb des Tagebaus geltendem Recht entsprechen. Bürgermeister Wuttigs Aussage, dass es zur geplanten Umfahrung keine Alternative gäbe, sollten die Laster nicht weiter durch den Ort donnern, verstanden manche Eigentümer als Erpressung. "Wir sollten gemeinsam nach einer Lösung suchen", sagte Einwohner Uwe Zitzmann, der sich zum gemäßigten Teil der Bürgerinitiative zählt.

Die Einwohner Reinhild und Otto von Wahl boten an, dass Waas die Lkw-Straße über ihre Waldgrundstücke bauen dürfe, die über einen Weg in der Gemarkung Langendembach auf die Landesstraße zwischen Lichtenau und Hummelshain führen würde. "Wenn ich abwägen soll, was schützenswerter ist, Wald und Wild oder Mensch und Dorf, dann entscheide ich mich für Mensch und Dorf", erklärte Reinhild von Wahl, weshalb sie eine Querung ihrer Grundstücke anbiete.

"Das ist eine Alternative", sagte Unternehmer Waas und bat um Unterstützung bei den Gesprächen mit Behörden. "Ich möchte bei dieser Ochsentour nicht wieder bei Null anfangen."

Peter Cissek / 01.08.11 / OTZ